

1. MAI 2024

SOLIDARITÄT MIT UNSEREN INHAFTIERTEN KOLLEG*INNEN



Seit mehr als 120 Jahren ist der 1. Mai Tag des gemeinsamen internationalen Kampfes der Gewerkschaftsbewegung. Unsere Solidarität gehört all denen, die weltweit für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kämpfen: den für menschenwürdige Löhne und Arbeitsbedingungen streikenden Textilarbeiterinnen in Bangladesch, Sri Lanka, Ägypten und der Türkei ebenso wie den Bauarbeitern in Panama, den Wanderarbeitern in China, den Busfahrern in Teheran und vielen Tausend anderen auf allen Kontinenten.

Unsere Solidarität gilt nicht zuletzt den Kolleginnen und Kollegen, die in zahlreichen Ländern dieser Erde verfolgt werden und unter zum Teil schrecklichen Bedingungen im Gefängnis sitzen. Stellvertretend für alle nennen wir anlässlich des 1. Mai 2024 **Chhim Sithar/Kambodscha** und **Palina Sharenda-Panasiuk/Belarus**.

Chhim Sithar, 36, Vorsitzende der Gewerkschaft der Beschäftigten des Casino- und Hotelkomplexes NagaWorld in Phnom Penh.

Weil sie einen Streik ihrer Kolleginnen und Kollegen anführte, wurde sie im Mai 2023 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Auswärtige Amt beschreibt die Haftbedingungen in Kambodscha als „hart mit schwersten Gefahren und Schäden für die Gesundheit“. (Weitere Informationen zu Chhim Sithar auf Seite 6)

Palina Sharenda-Panasiuk, 49, Aktivistin der Beschäftigten der Radioelektronischen Industrie in Belarus.

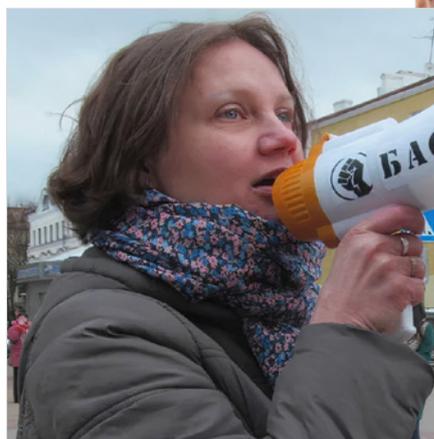
Zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen hat sie Streiks und Proteste gegen Lukaschenkos Fälschung der Präsidentschaftswahlen von 2020 organisiert. Sie wurde im Januar 2021 verhaftet und im Juni 2021 wegen Beleidigung des Präsidenten und eines Regierungsmitglieds zunächst zu zwei Jahren verurteilt. Zweimal wurde ihre Strafe wegen „böswilliger Missachtung von Anweisungen der Gefängnisver-

waltung“ um jeweils ein Jahr verlängert. Das Gesamtstrafmaß beträgt jetzt also vier Jahre. In der Haft ist Palina von Mitgefangenen, die dazu angestiftet worden waren, misshandelt worden und hat dabei eine Nierenquetschung und einen Nasenbeinbruch davongetragen. Medikamente werden ihr verweigert. Etliche Male wurde sie in eine Strafzelle gesteckt, wo sie ohne Matratze auf dem blanken Boden schlafen musste.

Chhim und Palina werden verfolgt und gequält, weil sie Gewerkschafterinnen sind. Wir fordern von den Regierungen in Kambodscha und Belarus ihre sofortige Freilassung sowie Freiheit für alle inhaftierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und politischen Gefangenen.

**GEWERKSCHAFTSARBEIT
IST KEIN VERBRECHEN, SONDERN
MENSCHENRECHT!**

**Unterstützt die Postkartenaktion der IG Metall für
die Freiheit von Chhim und Palina.**



Palina Sharenda-Panasiuk



Chhim Sithar

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN



VERFOLGTE GEWERKSCHAFTER*INNEN

VON JÜRGEN KERNER



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 1. Mai ist UNSER TAG. Tag der Arbeit, Maifeiertag, Kampftag der Arbeiterbewegung – am 1. Mai sind wir auf den Straßen und Plätzen der gesamten Republik. Wir adressieren unsere Forderungen an Kapital und Politik. Wir unterstreichen, dass wir die Mitbestimmung ausbauen wollen, um den Vorständen und Geschäftsführungen auf die Finger zu schauen und – wenn nötig – auf die Finger zu klopfen.

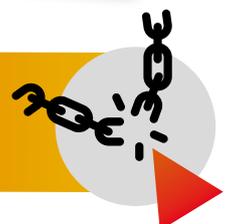
Wir wollen unsere Industriegesellschaft auf die nächste Ebene heben, ökologisch, demokratisch und sozial. Die Bedingungen sind nicht einfach. Industriearbeit und Klimaschutz ist für uns kein Widerspruch! Wir sind zuversichtlich, die Transformation positiv mitzugestalten. Wir lassen uns nicht einschüchtern, gerade nicht von Rechtsaußen. Wir sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, wir sind solidarisch!

In vielen Ländern werden Kolleginnen und Kollegen für das, was wir ganz selbstverständlich gewerkschaftlich Tag für Tag tun, verhaftet, misshandelt und eingekerkert. Diese Kolleginnen und Kollegen wissen, dass sie für ihre gewerkschaftliche Arbeit verfolgt werden können. Und dennoch schreiten sie mutig voran. Gerade auch für diese Kolleginnen und Kollegen sind wir am 1. Mai auf der Straße!

In unserem Netzwerk zur Unterstützung verfolgter Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit Amnesty International machen wir zum 1. Mai eine Postkartenaktion für zwei eingekerkerte Kolleginnen: Palina Sharenda-Panasiuk aus Belarus und Chhim Sithar aus Kambodscha.

BITTE MACHT MIT! UNTERSCHREIBT DIE POSTKARTEN UND SCHICKT SIE AN DIE BOTSCHAFTEN!

Wir geben Palina und Chhim Stimme und Gesicht!



ÄGYPTEN

ARBEITER*INNEN IM GEFÄNGNIS

EL MAHALA TEXTILE

Am 22. Februar 2024 versammelten sich 3.700 Arbeiterinnen und Arbeiter der Textilfabrik El Mahala, um gegen ihre niedrigen Löhne zu protestieren. Danach kündigten sie einen Streik an, um bei der Regierung die Auszahlung des versprochenen Mindestlohns von 6.000 ägyptischen Pfund (120 US-Dollar) durchzusetzen. Außerdem verlangten sie Lohnerhöhungen und eine Zulage zum Essen von 900 Pfund. Trotz friedlicher Demonstrationen verweigerten das Management des Unternehmens und die Regierung jede Verhandlung. Zwar wurde der Mindestlohn

erhöht, andere Forderungen wurden aber ignoriert. Der Streik endete am 29. Februar. Seitdem werden die Arbeiterinnen bedroht. Es gab Entlassungen, 13 Beschäftigte wurden verhaftet. Zwei befinden sich immer noch im Gefängnis.

Auf Labourstart gibt es eine Online-Petition für die sofortige Freilassung der beiden Inhaftierten, die Einstellung aller Repressalien gegen die Belegschaft von El Mahala Textile und für ihr Recht auf gewerkschaftliche Organisation und Streik.

HIER GEHT'S ZUR PETITION:

www.labourstartcampaigns.net/show_campaign.cgi?c=5403

INDUSTRIALL GLOBAL UNION

Die **russische Regierung** hat IndustriAll Global Union, den internationalen Zusammenschluss der Gewerkschaften des industriellen Sektors, zur unerwünschten Organisation erklärt. IndustriAll weist diese Entscheidung zurück. Sie stehe im Widerspruch zur Einhaltung fundamentaler Menschenrechte und gewerkschaftlicher Rechte, einschließlich der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation. IndustriAll fordert die Russische Föderation auf, ihre Entscheidung zu widerrufen, die die russischen Arbeiter*innen ohne internationale Vertretung lässt.

PUBLIC SERVICES INTERNATIONAL

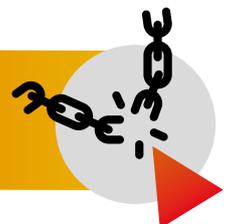
Public Services International, der internationale Zusammenschluss der Dienstleistungsgewerkschaften, schreibt zur aktuellen Lage der Gewerkschaften in vielen Ländern: „Es ist traurige Realität, dass die Stärke der Gewerkschaften weltweit angegriffen wird. Viele Staaten haben Gesetze erlassen, die das Recht auf Organisation in einer Gewerkschaft und das **Recht auf Streik** für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst einschränken und manchmal auch kriminalisieren. Oft wird dabei die Notwendigkeit, im Streikfall Notdienste vorzuhalten, missbraucht.“

INTERNATIONALER GEWERKSCHAFTSBUND

Der Internationale Gewerkschaftsbund ruft zu einer internationalen Kampagne für die **Verteidigung der Demokratie** auf. IGB-Generalsekretär Luc Triangle erklärt: „Überall auf der Welt befindet sich die Demokratie in einem kritischen Zustand. Autoritäre Vorstellungen, rechtsextreme Ideologien, organisierte arbeitnehmerfeindliche Einflüsse auf die Politik und die Untergrabung von Arbeitnehmerrechten greifen um sich. Aber Gewerkschaften haben die Fähigkeit, die Demokratie zu verteidigen und eine Vision, sie wiederzubeleben. (...) Angesichts der wachsenden Herausforderungen für die Demokratie und die Arbeitnehmerrechte ist es zwingend, dass wir uns über alle Grenzen hinweg vereinen, damit unsere Stimme gehört wird. (...) Wir können den Aufstieg der extremen Rechten und andere Bedrohungen der Demokratie zurückschlagen. (...) Gemeinsam können wir eine Welt der Demokratie und Gerechtigkeit für alle gestalten.“



GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN



URFA/TÜRKEI

GEWERKSCHAFTER*INNEN VERFOLGT BEI ÖZAK TEKSTIL

LIEFERANT VON LEVI'S

Was ist passiert? Am 27.11.2023 wurde die Arbeiterin Seher Gülel von ihrem Arbeitgeber Özak Tekstil in Urfa/Türkei unter fadenscheinigen Begründungen fristlos entlassen. Sie hatte gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen protestiert: „Zwangsarbeit von 18–20 Stunden pro Tag, Druck, Mobbing, Belästigung und Drohungen gegen weibliche Beschäftigte“. Bezahlt wird Mindestlohn von 523 Euro/Monat. Aus Solidarität sind 450 (von 750) Arbeiter*innen trotz großem Druck in die Gewerkschaft Birtek Sen eingetreten und haben die Arbeit niedergelegt.

Seher Gülel: „Das ist nicht nur unser Widerstand, sondern auch der Widerstand zur Verteidigung der Rechte aller Arbeiter und Arbeiterinnen.“

Die lokalen Behörden haben sich gegen die Arbeiter*innen gestellt, Demonstrationen verboten, eine Platzsperre vor dem Betriebsgelände verhängt und mit Schlägen durchgesetzt sowie die Streikführer*innen verhaftet. Die Streikenden wurden fristlos entlassen.

Die Birtek Sen verlangt die sofortige Wiedereinstellung der Arbeitnehmer*innen, Nachzahlung der Entgelte, Anerkennung der Mehrheitsgewerkschaft als Verhandlungspartner sowie die Zusicherung fairer Arbeitsbedingungen. Durch die Zähigkeit der Gewerkschaftskolleg*innen und



Streikende Frauen bei Özak Tekstil/Urfa



den internationalen Druck auf die Kunden ist es gelungen, Abfindungen für fast alle Entlassenen zu erreichen. Ein Verhandlungstermin über die anderen Forderungen blieb allerdings ohne Ergebnis. Özak Tekstil verliert nun seine wichtigsten Kunden und muss sogar die Firma umbenennen.

Was können wir als Gewerkschafter*innen in Deutschland tun?

Solidarität ist für die Kolleg*innen sehr wichtig: Sie sind dann nicht allein in ihrem Kampf. Wenn ihr schreiben wollt: birlesiktekstilsendikasi@gmail.com

Wir haben uns als Internationaler Gewerkschaftlicher Arbeitskreis Köln (IGAKK) auch an den Hauptkunden Levi's gewandt, vor den Levi's-Stores demonstriert, Presseartikel lanciert und eine Beschwerde nach Lieferkettengesetz LKSG an die drei Haupt-Auftraggeber adressiert.

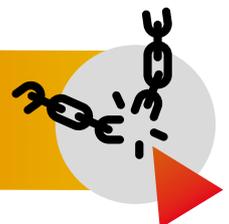
Burhan Perisan, Ali Cicek, Kai Beutler (IGAKK)

SRI LANKA

Das Management des Textilunternehmens Sumithra Group auf **Sri Lanka** versuchte am 9. Februar, Arbeiter mit Gewalt an der Teilnahme an einer Gewerkschaftsversammlung zu hindern. Die Arbeiter beschlossen daraufhin, zu streiken. Am 10. Februar wurden Arbeiter erneut physisch angegriffen, eine Arbeiterin wurde ernsthaft verletzt. Darüber hinaus sind sie gleichzeitig unter Gewalteinwirkung in die Firma gedrängt worden, um unter Zwang Kündigungsschreiben zu unterzeichnen. Anlass für die Gewerkschaftsversammlung war die Ankündigung des Unternehmens, einem Teil der Belegschaft keine Lohnerhöhung und keinen Bonus auszuzahlen. IndustriAll Global Union hat die Sumithra Group aufgefordert, die Gewaltakte sofort einzustellen und mit der Gewerkschaft in Verhandlungen einzutreten.

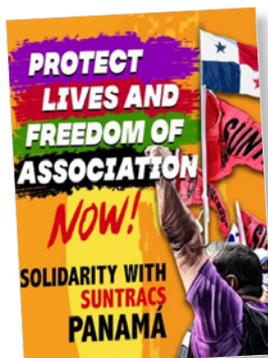


GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN





REGIERUNG GEGEN BAUARBEITERGEWERKSCHAFT



Die Bau- und Holzarbeiterinternationale (BHInt) fordert von der Regierung von Panama die Respektierung der Vereinigungsfreiheit und ein Ende der Verfolgung von Gewerkschaften. Konkret geht es um die Gewerkschaft der Bauarbeiter in Panama (SUNTRACS), deren Führung durch staatliche Repression eingeschüchtert werden soll.

In dem Aufruf heißt es: „Grund ist die bedeutende Rolle, die SUNTRACS bei den Protesten spielte, durch den der transnationale Konzern First Quantum Minerals eine Bergbau-Konzession verloren hat. Der weitere Abbau von Kupfer hätte schwere soziale und Umweltschäden verursacht. Wegen der Proteste werden Gewerkschafter jetzt grundlos des Terrorismus beschuldigt. Der SUNTRACS-Generalsekretär Saúl Mendez, der

Sekretär für Außenbeziehungen Jaime Caballero, der Bezirkssekretär Toribio Garcia und der Lehrer Diógenes Sánchez werden von der Staatsanwaltschaft angeklagt, Verbrechen gegen die Freiheit, gegen die wirtschaftliche Ordnung und zum Nachteil der Gesellschaft von Panama begangen zu haben. Außerdem hat die staatliche Savings Bank am 13. November alle Konten der Gewerkschaft gesperrt, eine auf der falschen Beschuldigung des Terrorismus basierende planmäßige Aktion zur Behinderung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit und gewerkschaftliche Tätigkeit. Gewerkschaftsarbeit ist kein Verbrechen! Gewerkschaften dürfen wegen ihres Kampfes zur Verteidigung sozialer und Umweltrechte nicht verfolgt werden!

Wir fordern die Regierung von Panama auf, die Verfolgung von SUNTRACS sofort zu stoppen und das Recht auf Vereinigungsfreiheit zu respektieren!“

Am 19. März traten die organisierten Bauarbeiter Panamas für diese Forderungen in einen 24-stündigen Streik.

LABOURSTART-PETITION FÜR DIE KOLLEG*INNEN VON SUNTRACS:

www.labourstartcampaigns.net/show_campaign.cgi?c=5376

KOLUMBIEN

2023 wurden in **Kolumbien** 10 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ermordet, darunter Mariela Reyes Montenegro, Frauensekretärin der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes in Quilichao, Gonzalo de Jesús Parra Forero, Bergarbeiter und Präsident der Gewerkschaft der Smaragdsucher in Boyaca, Carlos Julio Tautiva Cruz, Mitglied der Landarbeitergewerkschaft von Sumapaz und Jairo Enrique Tombe, Lehrer und Funktionär der Gewerkschaft des Erziehungswesens. Mit ihm wurde auch seine Frau umgebracht.

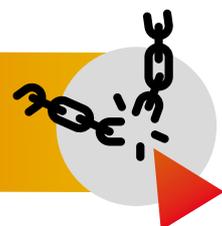
ARGENTINIEN

Die Gewerkschaften in **Argentinien** stehen in einem harten Kampf zur Verteidigung elementarer demokratischer und Arbeitnehmerrechte. Staatspräsident Milei will unter anderem Tarifverträge aushebeln und Vorrang für prekäre Arbeitsverhältnisse durchsetzen. Das Streikrecht soll nicht nur für weite Teile des öffentlichen Dienstes außer Kraft gesetzt werden. Alle Unternehmer sollen das Recht erhalten, streikende Arbeiter zu entlassen. Während das Demonstrationsrecht bereits eingeschränkt wurde, sind die Pläne der Regierung, die die Arbeitsbeziehungen betreffen, nach einem Generalstreik aller argentinischer Gewerkschaften gestoppt und vom Parlament in ein weiteres Beratungsverfahren überwiesen worden. Aber sie sind nicht vom Tisch. Internationale Solidarität für die argentinische Gewerkschaftsbewegung, eine der wichtigsten in Lateinamerika, steht also weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung.



Kundgebung in Buenos Aires während des Generalstreiks am 25. Januar

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN



GEFANGENE MÜSSEN ARMEEUNIFORMEN NÄHEN



In Belarus sitzen viele politisch Verfolgte, die gegen das Regime von Präsident Lukaschenko aufbegehren, im Gefängnis. Unter den 174 weiblichen politischen Gefangenen befinden sich mehrere Aktivistinnen und Führerinnen unabhängiger Gewerkschaften.

Die Frauen werden in den Strafkolonien zur Textilproduktion eingesetzt, wo sie Uniformen für die Armee oder Polizei nähen müssen. Für ihre achtstündige Arbeitsschicht in der Näherei erhalten sie einen Hungerlohn von weniger als umgerechnet 1 Euro pro Monat.

Wie viele belarussische Frauen rebellierten die Gewerkschafterinnen gegen Ungerechtigkeit und Diktatur. Nach den gefälschten Wahlen marschierten sie bei den Protesten gegen Wahlbetrug in der ersten Reihe. Die Betroffenen müssen Haftstrafen zwischen 2 und 11 Jahren verbüßen. Die Haftbedingungen sind hart. Die Gefangenen werden in einer Zelle mit niedriger Temperatur eingesperrt. Ihnen werden Korrespondenz, Pakete von der Familie, persönliche Dinge, warme Kleidung und auch Bettwäsche vorenthalten.

Unter den inhaftierten Gewerkschafterinnen sind neben **Palina Scharenda-Panasiuk**, über die wir auf S. 1 dieses Newsletters berichten:

► **Hanna Karneyenka:** Mitglied der Freien Gewerkschaft der Metallarbeiter. Hanna ist zu fünf Jahren Haft in einer Strafkolonie verurteilt worden, weil sie angeblich persönliche Daten von Staatsbediensteten weitergegeben hat. Sie wurde verhaftet, als ihr neugeborenes Baby drei Monate alt war.

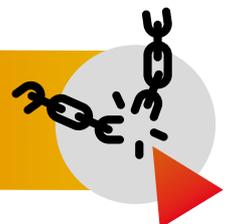
► **Volha Brytsikava:** Vorsitzende der unabhängigen belarussischen Gewerkschaft der Bergleute und Chemiearbeiter. Mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine im Jahr 2022 wurde Volha wegen ihrer Antikriegsposition verhaftet und ins Gefängnis gesteckt.

► **Hanna Ablab:** Unter den inhaftierten Gewerkschafterinnen diejenige mit der längsten Haftstrafe von 11 Jahre wegen Hochverrats und Verleumdung des Staates. Die Mutter von drei Kindern arbeitete für die belarussischen Staatsbahnen und gehörte der Arbeitnehmerinitiative Rabochy Rukh an.

Seit fast drei Jahrzehnten herrscht Lukaschenko in Belarus. Menschenrechte und grundlegende Arbeitnehmerrechte wie das Recht auf Vereinigungsfreiheit werden systematisch verletzt. Während der Massenproteste gegen Lukaschenko und sein Regime im Jahr 2020 drohten die Arbeiter mit einem Generalstreik. Das Regime reagierte mit umfassenden Repressionen, die sich 2022 mit dem Beginn des Kriegs gegen die Ukraine weiter verschärften. Der belarussische Kongress der Demokratischen Gewerkschaften bezog öffentlich eine klare Antikriegsposition. Die Folge waren massive Verhaftungen, strafrechtliche Anklagen gegen Gewerkschafts- und Arbeiterführer im April 2022 und ein Gewerkschaftsverbot im Juli 2022.

Regelmäßig aktualisierte Informationen zum Thema
Gewerkschaftsfreiheit International unter:

www.igmetall-sprockhoevel.de/verfolgte-gewerkschafterinnen



AMNESTY
INTERNATIONAL



KAMBODSCHA

FREIHEIT FÜR CHHIM SITHAR

Chhim Sithar ist seit 2010 Vorsitzende der Gewerkschaft der Khmer-Beschäftigten (Labor Rights Supported Union of Khmer Employees, LRSU) des Casino- und Hotelkomplexes NagaWorld in der Hauptstadt Phnom Penh. Nach Massenentlassungen im Dezember 2021 trat die Gewerkschaft in Streik. Die Gewerkschaftsvorsitzende wurde im Januar 2022 unter dem Vorwurf der „Anstiftung zu einer Straftat“ erstmals festgenommen und im März 2022 gegen Kautionsentlassung entlassen.

Am 26. November 2022 wurde Chhim Sithar auf der Rückreise aus Australien von einem Gewerkschaftsreffen erneut festgenommen und sitzt seitdem in Haft. Sie soll gegen Kautionsauflagen verstoßen haben, von denen sie gar nichts wusste. Während ihres Besuchs in Australien war ein Bericht von Human Rights Watch veröffentlicht worden, in dem Sithar die repressiven Maßnahmen der kambodschanischen Regierung kritisiert. Als Grund für ihre Festnahme wurde jedoch ein angeblicher Verstoß gegen ihre Kautionsauflagen angeführt. Weder sie noch ihre Rechtsbeistände waren je über Kautionsauflagen im Zusammenhang mit Auslandsreisen informiert worden. Chhim Sithar wurde am 25. Mai 2023 zu zwei Jahren Haft verurteilt. Acht weitere Gewerkschaftsmitglieder erhielten

Haftstrafen zwischen ein und eineinhalb Jahren. In Kambodscha werden Menschen willkürlich verhaftet, systematisch gefoltert und misshandelt, weil sie ihre Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahrnehmen. Die Haftbedingungen sind katastrophal. Vor ihrer Festnahme sagte sie zu Amnesty International: „Man hat mir gesagt, es sei nicht einfach, gegen Naga vorzugehen, weil sie groß seien und eine Menge Geld hätten. Aber wenn niemand die großen Kämpfe kämpft, wie sollen wir dann irgendjemanden zur Rechenschaft ziehen – und wie sollen wir hoffen, die anderen Kämpfe zu gewinnen?“

Amnesty fordert,

- ▶ dass Chhim Sithar unverzüglich und bedingungslos freigelassen wird, da sie allein wegen ihres Einsatzes für die Menschenrechte inhaftiert wurde. Außerdem muss es eine unabhängige und gründliche Untersuchung der Anklagen gegen sie durch ein objektives Gremium geben.
- ▶ dass Chhim Sithar und die anderen Sprecher*innen der LRSU sowie deren Mitglieder den Schutz erhalten, der ihnen nach internationalen Menschenrechtsnormen zusteht.

WERDET AKTIV UND FORDERT DIE FREILASSUNG VON GEWERKSCHAFTERIN CHHIM SITHAR!

Unterschreibt die Postkarte, die an die Botschaft von Kambodscha verschickt wird.

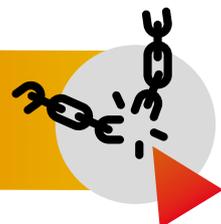
INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION

Gilbert F. Hounbo, Generalsekretär der Internationale Arbeitsorganisation, forderte anlässlich des dritten Jahrestages des Militärputschs in **Myanmar** von der Militärregierung die sofortige Freilassung aller Gefangenen, die wegen Ausübung ihrer demokratischen Rechte und gewerkschaftlichen Aktivitäten inhaftiert sind. Namentlich nannte er Thet Hnin Aung, den Generalsekretär der Handwerks- und Dienstleistungsgewerkschaft, der Ende 2023 zu sieben Jahren verurteilt wurde. Rund tausend führende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind heute im Untergrund aktiv. Auch in den Gefängnissen geht die Arbeit zur Gewinnung von neuen Mitgliedern weiter.

VENEZUELA

Gute Nachrichten aus **Venezuela**: Guillermo Zárraga, ehemals führender Funktionär der Gewerkschaft Sindicato Único de Trabajadores beim staatlichen Erdölunternehmen PDVSA konnte am 20. Dezember unter Auflagen das Gefängnis nach drei Jahren verlassen. Er war im November 2020 willkürlich festgenommen worden. Amnesty International und viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Deutschland hatten sich für ihn eingesetzt. Leider hat seine Gesundheit unter den miserablen Haftbedingungen sehr gelitten.

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN



**AMNESTY
INTERNATIONAL**



SAUDI-ARABIEN:

ENTSCHÄDIGUNG!

AMAZON LEISTET ZAHLUNGEN

Das Unternehmen Amazon hat am 22. Februar 2024 bekannt gegeben, dass es mehr als 700 Beschäftigten in saudi-arabischen Warenlagern eine Entschädigung in Höhe von 1,9 Mio US-Dollar gezahlt hat. Im Oktober 2023 hatte Amnesty International im Rahmen des Berichts „Don't worry, it's a branch of Amazon“ über Arbeitsrechtsverletzungen in den Warenlagern berichtet.

REKRUTIERUNGSGEBÜHREN AN PERSONALVERMITTLER*INNEN

Die Zahlungen entschädigen für rechtswidrige Rekrutierungsgebühren (durchschnittlich 1.500 Dollar), die viele Arbeiter*innen in ihren Heimatländern wie Nepal an Personalvermittler*innen gezahlt haben, um sich einen Job bei Amazon in Saudi-Arabien zu sichern. Amnesty begrüßt die Entschädigungszahlungen. Es müssen jedoch strengere Regeln eingeführt werden, um sicherzustellen, dass sich diese und andere Menschenrechtsverletzungen bei Amazon nicht wiederholen.

Steve Cockburn, Leiter der Abteilung für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit bei Amnesty International, äußerte sich zur Entscheidung von Amazon, Entschädigung an Arbeitskräfte in saudi-arabischen Warenlagern zu leisten wie folgt: „Die Rückerstattung der rechtswidrigen Anwerbegebühren durch Amazon ist ein wichtiger Schritt in Richtung Wiedergutmachung für Hunderte von Arbeitsmigrant*innen, die während ihrer Beschäftigung bei dem Unternehmen in Saudi-Arabien einer Reihe schwerer Arbeitsrechtsverletzungen ausgesetzt waren. Wir wissen von den Betroffenen, wie wichtig diese Zahlungen für den Wiederaufbau ihres Lebens sind. Denn die Arbeitskräfte haben sich oft hoch verschulden müssen, um bei Amazon arbeiten zu können. Diese Zahlungen werden zwar eine unmittelbare Erleichterung für die Arbeiter*innen bedeuten, doch müssen sie mit wesentlich strengeren Maßnahmen einhergehen, um sicherzustellen, dass derart schockierende Menschenrechtsverstöße – die mitunter dem Menschenhandel gleichkommen könnten – in Zukunft nicht mehr möglich sind.“

Mit einer besseren Wahrnehmung der Sorgfaltspflicht und einer zielführenden Reaktion auf Beschwerden von Arbeitskräften hätte Amazon diese Missstände von vornherein verhindern können. Die Entschädigung sollte auch auf Hunderte anderer von Amazon unter Vertrag genommener Arbeitskräfte ausgedehnt werden, die das Unternehmen oder das Land bereits verlassen haben, aber wahrscheinlich ähnliche Verletzungen ihrer Rechte in Form von Betrug, Lohndiebstahl und hohen Einstellungsgebühren erfahren haben. Auch sie verdienen Gerechtigkeit und Entschädigung.

MENSCHENVERACHTENDES KAFALA-SYSTEM

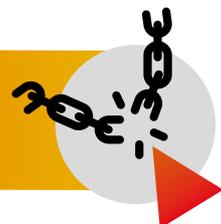
Leider sind die Erfahrungen der Amazon-Beschäftigten angesichts des hohen Risikos der Ausbeutung im Rahmen des saudi-arabischen Kafala-Systems alles andere als eine Ausnahme. Dieser Fall sollte anderen Unternehmen, die in Saudi-Arabien tätig sind, eine Lehre sein. Sie sollten alle nötigen Maßnahmen ergreifen, um Ausbeutung zu verhindern und sie zu beenden, wenn sie doch vorkommt. Wenn Unternehmen ihre menschenrechtliche Verantwortung nicht ernst nehmen, zahlen die Beschäftigten den Preis dafür.“

In Saudi-Arabien leben über 13 Millionen Ausländer, was mehr als 77% der Arbeitskräfte im privaten Sektor des Landes ausmacht. Sie unterliegen einem missbräuchlichen Kafala-System, das trotz begrenzter Reformen Anfang 2021 weiterhin das Recht von Wanderarbeitnehmer*innen einschränkt, den Arbeitsplatz zu wechseln, das Land zu verlassen oder einer Gewerkschaft beizutreten, was zu ernsthaften Missbrauch und Ausbeutung führt.

Langfassung des Artikels:

www.igmetall-sprockhoevel.de/verfolgte-gewerkschafterinnen

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN





DAS „EU-LIEFERKETTENGESETZ“

VON MATHIAS JOHN

Amnesty International fordert seit langem von den Staaten, verbindliche menschenrechtliche Regeln für Unternehmen zu verankern. Wichtige Basis für solche Sorgfaltspflichten von Unternehmen sind die „UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ von 2011. Auch darauf fußend hat die Europäische Kommission 2022 den Entwurf für ein „EU-Lieferkettengesetz“ vorgelegt – die EU-Nachhaltigkeitsrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive – CSDDD).

Dieser Entwurf wurde im EU-Parlament Mitte 2023 mit einigen Verbesserungen verabschiedet.

Es folgte die gemeinsame Beratung durch EU-Parlament, Rat der Europäischen Union (also Regierungen der EU-Staaten) und EU-Kommission – der so genannte

Trilog. Im Dezember 2023 gab es eine abschließend abgestimmte einvernehmliche Fassung der CSDDD zwischen EU-Parlament und EU-Rat.

Im üblichen Verfahren der EU-Organe wäre die endgültige Zustimmung des Rats und des Parlaments nach möglichen redaktionellen Anpassungen nur noch eine reine Formalität gewesen ... wenn dann nicht auf Initiative der FDP ein schlechter Politikrimi begonnen hätte. Auch wenn die FDP-Minister in der Bundesregierung in die Verhandlungen einbezogen waren, starteten sie nun den Versuch, die CSDDD doch noch zu stoppen, indem sie ihre Zustimmung in der Bundesregierung verweigerten und so eine deutsche Enthaltung im EU-Rat erzwingen wollten. Sie machten sich dabei auch die Kritik deutscher Wirtschaftsverbände zu eigen, die sich wie so häufig von einem zusätzlichen Bürokratiemonster bedroht sehen. Leider haben die anderen Parteien in der Koalition keine nachdrücklichen Schritte unternommen, die FDP von ihrer Obstruktion abzubringen, so hat der Kanzler auch hier auf

seine Richtlinienkompetenz verzichtet. Es ist bedauerlich, dass so einmal mehr die Glaubwürdigkeit der deutschen Regierung in der EU gelitten hat. Besonders bitter ist aber, dass dadurch beinahe eins der wichtigsten menschenrechtlichen Projekte der letzten Jahre gescheitert wäre!

Die belgische Ratspräsidentschaft hat dann alles versucht, die CSDDD zu retten. Am Ende ist das gelungen, wenn auch um den Preis etlicher Abschwächungen: Der

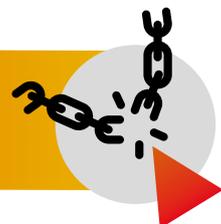
EU-Rat hat dem Entwurf des „EU-Lieferkettengesetzes“ am 15. März 2024 zugestimmt.

Am Ende war es kein ganz schlechter Tag für die Menschenrechte! Jetzt wird es eine EU-weite gemeinsame Basis geben, Unternehmen endlich auf menschenrechtliche sowie umwelt- und klimabezogene

Sorgfaltspflichten entlang ihrer Wertschöpfungsketten zu verpflichten. Die Abschwächungen sind allerdings ärgerlich: Die Richtlinie wird jetzt für noch weniger Unternehmen in der EU gelten, es gibt eine lange Übergangsfrist bis zur Anwendung und Teile der Wertschöpfungskette (zum Beispiel die sogenannte nachgelagerte Lieferkette, also der Vertrieb des Produkts) bleiben unberücksichtigt. Aber immerhin enthält die Richtlinie einige Verbesserungen gegenüber dem deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, beispielsweise bei den Haftungsregelungen!

Jetzt (Stand Anfang April 2024) steht noch die abschließende Abstimmung im Europäischen Parlament aus, die hoffentlich ohne weitere Verzögerungen dazu führen wird, dass die CSDDD dann in Kraft treten kann. Wichtig darüber hinaus ist aber, dass menschenrechtliche sowie umwelt- und klimabezogene Sorgfaltspflichten wie auch die Berichterstattung über deren Umsetzung zunehmend Bestandteil anderer Instrumente auf EU-Ebene werden.

DER LANGE WEG ZU VERBINDLICHEN MENSCHENRECHTLICHEN SORGFALTPFLICHTEN VON UNTERNEHMEN



AMNESTY
INTERNATIONAL



KOLUMBIEN

AMNESTY-MENSCHEN- RECHTSPREIS 2024

FEDEPESAN ERHÄLT AUSZEICHNUNG

Die kolumbianische Fischer*innen-Organisation FEDEPESAN erhält den Menschenrechtspreis 2024 von Amnesty International in Deutschland. Die Auszeichnung wird für den selbstlosen und mit persönlichen Gefahren verbundenen Einsatz für die Menschenrechte verliehen.

Der Verband für traditionelle Fischerei, Umweltschutz und Tourismus im Departamento Santander (Federación de Pescadores Artesanales Ambientalistas y Turísticos del Departamento de Santander – FEDEPESAN) ist Preisträger des diesjährigen Menschenrechtspreises von Amnesty International in Deutschland.

Mit dem Menschenrechtspreis zeichnet Amnesty International in Deutschland alle zwei Jahre Persönlichkeiten und Organisationen aus, die sich unter schwierigen Bedingungen für Menschenrechte einsetzen. Ziel des Preises ist es, das Engagement dieser Menschen zu würdigen, sie zu unterstützen und zu schützen sowie ihre Arbeit in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Seit 2019 setzt sich der Verband FEDEPESAN für den Schutz der Flüsse und Feuchtgebiete sowie der Lebensweise der Fischer*innen der Region ein. Er dokumentiert Umweltverschmutzungen, organisiert Demonstrationen, führt Reinigungsaktionen durch und leistet Lobbyarbeit bei den zuständigen Behörden. FEDEPESAN geht auch juristisch gegen den staatlichen Ölkonzern Ecopetrol vor, den er für die Verschmutzung der Feuchtgebiete in der Region mitverantwortlich macht.



© Luca Zanetti/Amnesty International

Sich für den Schutz der Menschenrechte einzusetzen, ist seit Jahren in kaum einem Land so gefährlich wie in Kolumbien. Auch die Aktivist*innen von FEDEPESAN sind gro-

ßen Gefahren ausgesetzt. Sie werden angegriffen, kriminalisiert und bedroht, bis hin zu Morddrohungen von bewaffneten Gruppen.

Yuly Andrea Velásquez Briceño ist Fischerin, Umweltschützerin und Präsidentin von FEDEPESAN. Sie sagt: „Der Menschenrechtspreis von Amnesty International in Deutschland ist der bisher größte Erfolg der Fischer*innen in Barrancabermeja – einer Stadt, in der es viel Gewalt gibt. Der Preis wird helfen, unsere Arbeit öffentlich zu begleiten, und dazu beitragen, dass sich die kolumbianischen Behörden mit den Menschenrechtsverletzungen auseinandersetzen.“

Amnesty International hat in einem im November 2023 veröffentlichten Bericht dokumentiert, dass der kolumbianische Staat in den vergangenen fünf Jahren nur unzureichend auf die Gefahren reagiert hat, denen Menschenrechtsverteidiger*innen im Land ausgesetzt sind. Das Institut für Studien für Entwicklung und Frieden (INDEPAZ) hat im Jahr 2023 die Ermordung von 188 führenden Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, Menschenrechtsverteidiger*innen sowie Gewerkschaftsvertreter*innen registriert. Das Land gehört damit zu einem der gefährlichsten Länder für Menschen, die sich für Menschenrechte, Umweltschutz sowie Gewerkschaftsrechte engagieren.

Amnesty International hat einen online-Appell an die kolumbianische Regierung gestartet, der unter folgendem Link zu finden ist:

www.amnesty.de/kolumbien-umweltschutz-fedepesan-amnesty-menschenrechtspreis-2024-online-aktion?ref=981852

Setze gemeinsam mit Yuly Velásquez und FEDEPESAN die kolumbianische Regierung unter Druck, die Zerstörung der Ökosysteme in Santander zu stoppen und erneute Angriffe auf die Mitglieder von FEDEPESAN zu verhindern. Die Regierung von Präsident Petro muss endlich handeln!

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN

